

Jüdische Stimme für einen gerechten Frieden zwischen Israel und Palästina

Postfach 1730, 8026 Zürich
<http://www.jvjp.ch>, info@jvjp.ch

Frau Bundespräsidentin
Micheline Calmy-Rey
Vorsteherin des EDA
zuhanden des Gesamtbundesrats
Bundeshaus West
3003 **Bern**

Zürich, den 29.6.2011

Sehr geehrte Frau Bundespräsidentin,
sehr geehrte Bundesrätinnen und Bundesräte,

Im Wissen darum, dass Sie sich seit langem dezidiert für eine Friedenslösung zwischen Israel und den Palästinensern einsetzen, bitten wir Sie darum, dass sich die Schweiz in der bevorstehenden UNO-Debatte für die Anerkennung eines palästinensischen Staates in der Westbank und im Gazastreifen mit der Hauptstadt Ost-Jerusalem verwendet.

Wie sich in den vergangenen 44 Jahren gezeigt hat, können die Versuche, einen ernsthaften Friedensprozess in Gang zu setzen, unter den gegebenen extrem asymmetrischen Machtverhältnissen nicht zum Erfolg führen. Mit Andauern der Besetzung und dem Bau weiterer israelischer Siedlungen in den palästinensischen Gebieten, haben sich vielmehr unter wiederholtem Aufblühen gewaltsamer Auseinandersetzungen die wirtschaftliche Lage und die Menschenrechts-Situation in den palästinensischen Gebieten verschlimmert. Die von Ihnen massgeblich geförderte „Genfer Initiative“ hat die Chancen für einen fairen nationalen Interessenausgleich detailliert beschrieben. Ohne den Frieden droht Israel, in die internationale Isolation zu geraten.

Wir begrüßen, dass bereits eine Abklärung im Gange ist, ob eine Anerkennung eines unabhängigen Staats Palästina durch die Schweiz völkerrechtlich vertretbar wäre (SonntagsZeitung vom 26.6.11). Eine solche Anerkennung eines souveränen und

lebensfähigen Staates Palästina an der Seite des Staates Israel kann ernsthafte Verhandlungen in Gang setzen, zur Normalisierung der Beziehungen und zur Kooperation zwischen den Staaten der Region beitragen. Der demokratische Aufbruch in der arabischen Welt sollte vor dem Nahostkonflikt nicht haltmachen.

In Verbundenheit mit Israel, namentlich mit den israelischen Friedenskräften, welche bereits in gleicher Richtung aktiv geworden sind, und in Sorge um die politischen Entwicklungen und den Frieden im Nahen Osten, ersuchen wir den Bundesrat, sich für die Anerkennung eines unabhängigen Staates Palästina in den Grenzen von 1967 und für die Aushandlung gerechter Friedensverträge zwischen den Staaten der Region einzusetzen.

Einen Brief desselben Inhalts wollen wir auch den ParlamentarierInnen der aussenpolitischen Kommissionen und den Fraktions-PräsidentInnen, sowie zivilgesellschaftlichen Organisationen und den Medien zuleiten.

Mit freundlichen Grüßen

Für die „jüdische Stimme für einen gerechten Frieden zwischen Israel und Palästina“:

Sibylle Elam

Samuel Wiener-Barraud

Korrespondenz-Adresse: Dr.med. Samuel Wiener-Barraud, Lätt 13, 8634 Hombrechtikon